



Around Europe - Deutsche Ausgabe

Auszüge aus Nr 323 (Juni 2010)

Gefährliche Abhängigkeit? Eine Überprüfung der Risiken des Energiesicherheitskonzepts der EU

Die wachsende Abhängigkeit der Europäischen Union von importiertem Öl und Gas führt sie dahin, die immer mehr risikobehafteten und moralisch schädlichen Projekte mit fossilen Energieträgern zu unterstützen. Ein QCEA-Bericht aus dem Jahre 2009 untersuchte die Rolle der EU bei der Nabucco - Erdgasleitung, die ein Teil der Süd-Korridor-Strategie der EU ist, welche auf die Anbindung Europas an die Gasressourcen von Mittel-Ost und Zentral-Asien zielt. Die EU hofft, dass Gas für die Pipeline aus Turkmenistan kommen könnte, einem Land, dass von Human Rights Watch als eines der am meisten unterdrückenden und autoritären Staaten der Welt charakterisiert wird. Die Turkmenische Diktatur hält ihre Macht durch die exklusive Kontrolle über ihre Öl- und Gasreserven aufrecht.

Ein zweites großes Pipeline-Projekt wirft vielleicht noch schwierigere ethische Probleme für die EU auf. Die Trans-Sahara- Gaspipeline (TSGP) ist für den Transport von Gas aus der Region des Niger-Deltas via Niger und Algerien bestimmt. Einmal gebaut, würde sie die längste Pipeline sein, die je gebaut wurde und 4300 km überqueren einschließlich eines weltweit am meisten verbotenen Wüstenterrains. Das ehrgeizige Ausmaß des Projekts ist jedoch nur das geringste seiner Probleme. Das Niger-Delta ist eine Konflikt-Zone, bedroht und zerstört auf Grund seiner äußersten Armut und Umweltzerstörung, welche durch den schädlichen Auswirkungen der Öl-industrie in der Region verursacht sind. An die 10 Millionen Barrel Öl sind in den vergangenen 50 Jahren in das Delta gespült worden, habe Landwirtschaft und Fischerei ruiniert und damit den Lebensunterhalt von 1000 Deltabewohnern. Über 70% der Bevölkerung des Deltas lebt von weniger als 1 Dollar pro Tag. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 45 Jahre. Inmitten der Verwüstung sind militärische Gruppierungen aufgetaucht, teilweise in der Absicht, die Nigerianische Regierung und die internationalen Öl-Konzerne herauszufordern und teilweise auch, um die lukrative Belohnung für ein illegales Abzapfen von Öl und für eine Maffia für die Entführung und Erpressung von Lösegeld zu kassieren. Die prominenteste militärische Gruppierung, die Bewegung für die Befreiung des Niger-Deltas (MEND) hat schon angedroht, TSGP zu attackieren. Mittlerweile hat sich die EU mit Russland für einen Einsatz zur Kontrolle der Pipeline beworben. 2008 war deutlich, wie die Europäische Kommission die Nigerianische Regierung mit Angeboten über lukrative Subventionen und Versprechen über eine Anleihe von der Europäischen Investmentbank (EIB) für TSGP umwarb. Russlands staatlich kontrollierte Gaskompanie Gazprom sicherte sich einen Deal mit Nigeria im Juni 2009, um eine Gas-Infrastruktur im Land aufzubauen, welche auch eine Leitungsstrecke für die Nigerianische Sektion von TSGP zu gegebener Zeit einschließt. Wenn es auch unklar ist, wer sich letztlich in dem Kampf um die Kontrolle von TSGP durchsetzen wird, ist es die EU, die am meisten zu verlieren hat; sowohl an Ansehen als auch an Glaubwürdigkeit, wenn sie in dieses Projekt investiert.

Das unwürdige Gerangel um die abnehmenden Hydrocarbon-Ressourcen der Welt zeigt nicht nur die Oberflächlichkeit einiger der EU-Menschenrechte und der Entwicklungs-Rhetorik, sondern auch die fragile Position der Industriegesellschaften in ihrer Abhängigkeit vom fossilem Öl und

die Bereitschaft dazu, nicht vor verzweifelten Versuchen der Sicherstellung der Versorgung zurückzuschrecken. Nicht zurückschrecken mag in Zukunft sogar militärische Interventionen der EU einschließen. Ein QCEA-Bericht, welcher im Juli erscheinen wird "Militärische Antworten zur Energieversorgungs-Sicherung: Was für eine Rolle für die CDS?" prüft das Risiko einer Militarisierung der Energiesicherheit in der EU und zeigt auf, dass die EU der NATO-Führung folgen wird, ihre Kapazitäten für den Schutz der Energieversorgung auszubauen. Die EU wird unbedingt gemeinsam mit anderen Großmächten wie Russland, den USA oder China intervenieren und besonders dann, wenn die Kosten und das Risiko einer Mission relativ gering sind. Die erste Marine-mission der EU, die Operation Atlanta, spielt bereits eine Rolle in der Energiesicherung beim Kampf gegen die Piraten aus Somalia, welche seit 2008 Anzahl von Öltankern entführt haben. Die EU-Flotte hat dabei gemeinsame Sache mit Kriegsschiffen aus China, Indien, Russland, dem Iran und den USA gemacht.

Ähnliche Missionen gegen die Piraterie sind zukünftig im Golf von Guinea denkbar, wo Nigerianische Piraten Attacken auf Öltanker und auf Infrastruktur begannen. Die Nato und die UN haben beide davor gewarnt, dass die Pirateriesituation hier eskalieren könnte.

Um die weitere Militarisierung der Energiesicherung zu vermeiden und sogar Projekte wie TSGP zu riskieren, sollte die EU alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachfrage nach Öl und Gas zu reduzieren. Das Europäische Komitee für Ökonomie und Soziales hat schon die EU gebeten, Maßnahmen zu ergreifen, um die Nachfrage nach Öl um mindestens 50% bis zum Jahr 2050 zu senken. Um dieses und mehr zu tun, wird die EU an der Reduktion der Öl-Nachfrage in allen Bereichen der Wirtschaft arbeiten müssen - mit einem speziellen Focus im Transport, beim Einzelhandel und in der Landwirtschaft. Zusätzlich sollte sie ihre Rolle dabei entwickeln, die Bedeutung eines Wandels im Lebensstil in Richtung einer Reduktion des Öl- und Gasverbrauchs klarzumachen. Als allererstes müßte die EU ein Verhaltensbeispiel geben durch die Reduzierung der Flugreisen ihrer Mitarbeiter, die Verringerung des Energieverbrauchs in den Gebäuden und durch die Unterstützung der Verwendung und des Angebots lokaler organischer Lebensmittel in Ihren Kantinen und Restaurants. Sie könnte auch finanzielle Unterstützung und Öffentlichkeit für kommunale Gruppierungen wie "Transition Network" und "Aufbruch" geben, was Menschen helfen könnte, in einem Setting mittels einer Unterstützungsgruppe einen Lebensstil auf niedrigem Verbrauchsniveau von Kohlenstoff zu leben.

Militärische Antworten können wenig in Richtung nachhaltiger Energiesicherheit beitragen und TSGP könnte den Konflikt im Niger-Delta eskalieren lassen.

Wenn die EU nicht anfängt, die Nachfrage der Energiereduktion an Verbraucher zu richten, werden die Versuche, der steigenden Nachfrage zu begegnen, neue Probleme für die EU schaffen mit Öl produzierenden Nationen wie z.B. Nigeria.

Neil Endicott

Übersetzung: Jutta Fauer